

Schützenhilfe für neue Waldstrasse

WORB Die Bauarbeiten für eine neue Waldstrasse im Richigengraben sorgen für Kritik. Nun versuchten die Verantwortlichen von Gemeinde und Kanton, die Gegner zu beschwichtigen.

Eingriffe in die Natur bewegen die Gemüter: Besonders hoch zu und her geht es bei Holzschlägen. So auch in Worb, wo momentan die Burgergemeinde Richigen den Wald beim Richigengraben erschliesst. Bestehende Wege werden dazu ausgebaut, und eine Strasse kommt neu hinzu. Besonders SP und Grüne stören sich am Vorhaben: Sie kündigten gestern an, gegen die überdimensionierten Waldwege vorgehen zu wollen (wir berichteten).

Wirtschaftszone Wald

Um die aufgekommenen Zweifel zu zerstreuen, luden die Gemeinde Worb und der Kanton zu einer Begehung der Baustelle ein. «Eigentlich ist es gut, wenn sich die Menschen für den Wald interessieren», sagt Philipp Mösch vom kantonalen Amt für Wald zu den Anwesenden. Doch oft gehe dabei vergessen, dass der Wald mehrere Funktionen erfüllen müsse. «Er dient nicht nur als Naherholungszone, sondern auch dem Gewässerschutz oder der Wirtschaft.»

Er sei nicht grundsätzlich gegen die Erschliessung des Waldstücks, meldet sich ein Mann daraufhin. Doch er zweifle daran, dass das Vorhaben wirt-



Vertreter von Gemeinde und Kanton zeigen den Interessierten die Waldstrasse im Richigengraben.
Urs Baumann

schaftlich sei. «Ist eine neue Strasse entlang des Waldrands wirklich eine effiziente Lösung?» Mösch und Revierförster Hans-Jörg Habegger bejahen dies. «Wir haben im Vorfeld verschiedene Varianten geprüft», sagt Mösch. So, wie das Vorhaben nun umgesetzt werde, sei es auch wirtschaftlich am sinnvollsten.

Einige blieben skeptisch: «Lohnen sich diese Investitionen denn tatsächlich?» Mösch verweist auf die Subventionen, die der Kanton für das Vorhaben bezahlt. «Wir würden uns bestimmt

nicht an den Kosten beteiligen, wäre das Projekt gemäss Kosten-Nutzen-Berechnung nicht auf der richtigen Seite.»

Insgesamt 70 Prozent der Kosten übernimmt der Kanton. Ursprünglich waren für das Vorhaben 95 000 Franken veranschlagt. «Wir rechnen aber damit, dass es deutlich günstiger wird», sagt Mösch. Dass der Kanton die Erschliessung von Wäldern unterstützt, habe einen guten Grund. «Um den Wald zu erhalten, braucht es die nötige Pflege.» Dazu gehöre ab und an auch ein

Holzschlag. «So funktioniert eine nachhaltige Waldwirtschaft.» Doch wenn es keine Erschliessung gebe, würden diese Aufgaben vernachlässigt.

Wildromantischer Wald

Nicht alle Anwesenden gaben sich mit den Ausführungen zufrieden. Immer wieder wurden kritische Fragen aufgeworfen. Vom Schutz der Tiere und Pflanzen bis hin zum Gewässerschutz. Doch die Experten hatten auf jede Frage die passende Antwort. Nichtsdestotrotz waren am

Schluss nicht alle überzeugt: «Die Projekte erscheinen immer logisch, wenn sie Fachleute erklären», wurde gesagt. Doch ob es dann wirklich so gut sei, könne man nicht wissen.

Auch eine der Anwesenden, die in der Nähe wohnt, hat ihre Meinung nicht geändert: «Ich finde immer noch, dass die Strasse überdimensioniert ist.» Es wäre schöner, wenn der Wald so «wildromantisch» belassen würde, wie er jetzt ist. «Wir sind schliesslich 20 Jahre lang gut so ausgekommen.»
Stephanie Jungo

Besser als das Budget

ZOLLIKOFEN Anstelle eines Defizits resultiert ein kleiner Ertragsüberschuss: Die Gemeinde präsentiert eine ausgeglichene Rechnung.

Budgetiert war ein Defizit von 0,85 Millionen Franken. Nun schliesst die Rechnung der Gemeinde Zollikofen mit einem Gewinn von 1,07 Millionen Franken ab. Nach der Verbuchung der zwingend vorzunehmenden zusätzlichen Abschreibungen ergibt sich ein ausgeglichenes Rechnungsergebnis.

Das Ergebnis ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen, wie die Gemeinde mitteilt. Einerseits erfolgten Gewinne durch Verkäufe und Neubewertungen von Grundstücken. Andererseits blieb der Beitrag für den Finanzausgleich unter der Erwartung.

Der Gesamtsteuerertrag lag um 0,4 Prozent unter dem Budget. Bei den juristischen Personen resultierten zwar Mehrerträge, bei natürlichen Personen lagen die Steuereinnahmen aber unter den Erwartungen. *pd/js*

In Kürze

LAUPEN

Senioren spielen Theater

Das Seniorentheater Laupen hat das Stück «Fischergass» einstudiert, eine Komödie von Jens Exler. Premiere ist am 7. April in Cordast. Weitere Vorstellungen: am 8. April in Worben, am 12. April in Kerzers, am 19. April in Murten, am 20. April in Biberebad, am 21. April in Erlach, am 27. April in Kallnach, alle um 14 Uhr. Dernière ist am 28. April in Laupen um 14 und 20 Uhr. *pd*

GROSSHÖCHSTETTEN

Zusätzliche Klasse bewilligt

Der Gemeinderat Grosshöchstetten hat für das nächste Schuljahr eine zusätzliche Schulklasse bewilligt. Es handelt sich um die vierte Parallelklasse der 1./2. Klasse. Die Erziehungsdirektion muss sie noch bestätigen. *pd*

KONOLFINGEN

Regionale Sektion der GLP gegründet

In Konolfingen ist die GLP Mittelland-Süd gegründet worden. Präsident ist Simon Buri aus Konolfingen. Die Regionalsektion ist in Gemeinden ohne Ortspartei aktiv. Mit den Parteien Belp, Köniz und Münsingen sollen Synergien genutzt werden. *pd*

WALKRINGEN

Neuer Leiter bei Friederika-Stiftung

Der neue Geschäftsleiter der Friederika-Stiftung heisst Martin Nobs. Er folgt auf Bettina Crowe, welche zur Invalidenversicherung wechselt. Nobs ist bald 50-jährig und Leiter Verbandsentwicklung bei der Krebsliga Schweiz. *pd*

Wir gratulieren

BELP

Heute feiert **Fritz Wölfli** an der Neumattstrasse 2 seinen 91. Geburtstag. Wir gratulieren dem Jubilar ganz herzlich und wünschen alles Gute. *job*

ANZEIGE

DAS ePAPER: JETZT NEU!



epaper.bernerzeitung.ch

- Neuer Lesemodus: extra lesefreundlich
- Artikel bequem suchen – schneller finden
- Verschiedene Ansichten: Einzelseiten, Doppelseiten, Übersichtsseiten
- Druck- und Downloadfunktion
- Abrufbar über sämtliche Browser

BZ BERNER ZEITUNG
Immer die Region zuerst.

Petrus-Gemeinde opponiert

KIRCHENFUSION Die Kirchengemeinde Petrus bleibt kritisch und sagt Nein – trotzdem sagt das Kirchenparlament im Grundsatz Ja zur grossen Kirchenfusion in der Stadt Bern.

Die zwölf Quartierkirchengemeinden und die Gesamtkirchengemeinde sollen Geschichte werden. An ihre Stelle tritt eine Kirchengemeinde, die das gesamte Gebiet der Stadt Bern und der Gemeinde Bremgarten umfasst.

Gestern Abend hat das Parlament der reformierten Gesamtkirchengemeinde Bern eine erste wichtige Weiche für die Zukunft gestellt. Mit seinem Ja zu den Plänen, wie sie seit Anfang März bekannt sind, ebnete es den Weg zu einer einfacheren Struktur. Und zugleich zu Einsparungen, die in einer von Kirchenaustritten und sinkenden Einnahmen geprägten Zeit hochwillkommen sind.

An die Stelle der alten Quartierkirchengemeinden sollen Kirchenkreise treten, die sicherstellen, dass das kirchliche Leben vor Ort weiterhin stattfinden kann.

Debatte um Sozialdiakonie

In der Vergangenheit haben Kirchenfusionen regelmässig Emotionen ausgelöst. Das war gestern Abend über weite Strecken anders. Ausführlich zu reden gab einzig die Frage, ob neben den Pfarrerinnen und Pfarrern in Zukunft auch die sozialdiakonischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit beratender Stimme im kleinen Kirchenrat Einsitz nehmen werden.

Etliche Abgeordnete setzten sich dafür ein, dass diese Vertretung in der Exekutive ganz selbstverständlich sichergestellt wird. Ungeachtet dessen, dass die Vertreter des Projektteams immer

wieder betonten: Solche Details seien zu diesem frühen Zeitpunkt noch nicht Gegenstand der Debatte. Im Moment gehe es einzig um den Grundsatzentscheid, ob die Gesamtkirchengemeinde überhaupt in Fusionsverhandlungen einsteigen wolle.

An Bedingungen geknüpft

Als es auf die Abstimmung zu ging, wurde von anderer Seite her auch in einem zweiten Punkt Kritik laut. Die Vertreter der Kirchengemeinde Petrus knüpften ihr Ja nämlich an Bedingungen. So wollten sie sichergestellt haben, dass die künftigen Kirchenkreise bei personellen Entscheidungen ein garantiertes Mitspracherecht haben. Dass sich die Kirchenkreise eine möglichst grosse Selbstständigkeit bewahren können. Und dass die erhofften finanziellen Einsparungen in Zahlen nachgewiesen werden.

Wieder hiess es vonseiten des Projektteams, diese Punkte würden erst in den künftigen Gesprächen geregelt. Damit war der Verlauf der nun folgenden Abstimmungen vorgezeichnet. Zwar fasste das Kirchenparlament den Grundsatzentscheid ohne Wenn und Aber und sprach auch die für die weiteren Arbeiten notwendigen 1,25 Millionen Franken. Die Beschlüsse fielen aber nicht einstimmig, weil die Petrus-Vertreter entweder Nein sagten oder sich der Stimme enthielten.

Im August stehen in den Quartierkirchengemeinden nun ähnliche Grundsatzentscheide an. Geht der Fusionsprozess dann einigermassen rund weiter, befinden sich die Stimmberechtigten im Frühling 2019 definitiv. In Kraft treten könnte die neue Organisationsstruktur Anfang 2020 oder 2021.
Stephan Künzi